L1 Eine Welt in Unordnung - außenpolitische Eckpfeiler in einer Welt voller Kriege

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 20.06.2024
Tagesordnungspunkt: L Aktuelle politische Lage

Antragstext

Eine Welt in Unordnung

Ob der furchtbare russische Angriffskrieg in der Ukraine, das Massaker vom 7. Oktober in Israel und der Krieg im Gazastreifen, der Bürgerkrieg im Sudan oder das Säbelrasseln Chinas gegenüber Taiwan: Noch nie war für unsere Generation Krieg so allgegenwärtig wie derzeit. Doch die Kriege sind nicht nur näher und greifbarer geworden, sie nehmen auch quantitativ zu, dauern länger und sind komplizierter zu beenden. Die Zahl der Toten durch bewaffnete Konflikte ist so hoch wie seit 30 Jahren nicht mehr, weltweit steigen die Militärausgaben und neue geopolitische und regionale Blockkonfrontationen werden immer bedrohlicher. Die Angst vor dem Krieg ist omnipräsent, in allen Umfragen rangiert sie oben bei den größten Sorgen der Menschen in Deutschland.

Diese Situation fordert uns als Linke - die sich jahrelang vor allem innenpolitischen Themen zugewendet haben - heraus, Antworten zu geben, die einen Ausweg aufzeigen. Die Versuchung, aufgrund der komplexen Lage vermeintlich einfache Lösungen heranzuziehen, ist groß. Doch weder bedingungsloser Pazifismus, der vielen Antworten auf konkrete Konfliktlagen schuldig bleibt, noch die Erzählung der Alternativlosigkeit zur Aufrüstung zum Schutze der “regelbasierten Ordnung” kann eine wirklich linke Antwort sein. Nur, wenn wir verstehen, warum gewaltsame Konflikte entstehen und uns anschauen, welche Entwicklungen die Eskalation von Konflikten in Zukunft wahrscheinlicher machen könnten, können wir echte langfristige Strategien für Frieden entwickeln.

Panzer für das nationale Interesse? Die Militarisierung zur Sicherung national(istisch)er und kapitalistischer Interessen

Im globalen Wettbewerb um kritische Rohstoffe, geopolitische Vormachtstellungen und profitable Handelsrouten konkurrieren heute sowohl die alten Mächte wie die USA, EU-Staaten und Russland als auch zunehmend Staaten wie China, Iran oder Saudi-Arabien. Dabei stürzen sich Regierungen nicht nur zunehmend in Handelskriege und Subventionswettläufe für die eigene nationale Wirtschaft,

sondern rüsten gleichzeitig massiv auf. Russland rüstet sich für jahrzehntelange Kriegswirtschaft. Die USA als Land mit dem größten Verteidigungshaushalt weltweit gaben allein 2023 916 Milliarden US Dollar für ihr Militär aus. Chinas Militärausgaben stiegen rasant an und lagen im Jahr 2023 bei 296 Milliarden US-Dollar. Die Militärausgaben in Europa sind so hoch wie seit dem kalten Krieg nicht mehr.

Dieses Wettrüsten stellen immer mehr Politiker*innen als unumgängliche Absicherung deutscher und europäischer Interessen dar. Doch die Erfahrung zeigt: Nicht selten spielen auch auf westlicher Seite bei Aufrüstung und militärischen Interventionen imperiale Interessen eine relevante Rolle: Ob vergangene Interventionen der USA zur Sicherung von Ölressourcen in den Golfstaaten oder Frankreichs militärische Absicherung von Ressourcen in ehemaligen westafrikanischen Kolonien: Einflussreiche Staaten sichern ihre nationalen wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen zunehmend militärisch ab und spielen dabei mit der Angst und dem Leid von Millionen von Menschen. Gleichzeitig gerät Friedenssicherung durch Diplomatie und Kooperation weiter aus dem Blickfeld.

Kurzum: Krieg und Militarisierung gehören im Wettbewerb um Ressourcen und Einfluss zum globalen kapitalistischen Alltag. Imperiale Bestrebungen wie aktuell seitens Russlands setzen das Leben von Millionen Menschen aufs Spiel und werden als patriotisches oder notwendiges Übel dargestellt. Kriege und militärische Auseinandersetzungen bedeuten für die Mehrheit der Menschen meist vor allem eins: Leiden für nationalistische und oftmals wirtschaftliche Interessen von Minderheiten.

Deutschland im Aufrüstungsfieber

Getrieben durch den russischen Angriffskrieg und Szenarien, in denen eine Ausdehnung des Krieges auf weitere Teile Osteuropas, inklusive NATO-Territorien, befürchtet wird, ist Deutschland im Aufrüstungsfieber: Deutschland - so Verteidigungsminister Pistorius wörtlich - müsse wieder kriegstüchtig werden. Die Folge: 100-Mrd-Sondervermögen, Debatten über Sozialstaatsabbau zugunsten weiterer Aufrüstung, Diskussionen über die Wiedereinführung der Wehrpflicht, Forderungen nach Kriegsübungen an Schulen. Zeitgleich werden Gelder für Diplomatie, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit gestrichen oder stehen auf der Kippe. Währenddessen kämpft die demokratische Zivilgesellschaft inklusive der Träger von Jugendarbeit und Freiwilligendiensten mit den Folgen der Inflation: Die Entwicklung der öffentlichen Fördergelder blieb zuletzt deutlich hinter der Inflation zurück und nun steht die Zivilgesellschaft vor dem ultimativen Sparhammer, der mit dem Haushalt 2025 droht. Während also viele Träger von Freiwilligendiensten gar nicht erst neue FSJ-Stellen ausschreiben, sollen 18-Jährige verpflichtend gemustert werden und mit Anreizen zur Bundeswehr gelockt werden, von denen FSJ-ler*innen in Krankenhäuser und Kitas nur träumen können.

Wir halten diese Verschiebung von Prioritäten weg von Diplomatie, Kooperation und Entwicklungszusammenarbeit hin zu Aufrüstung sowie die Militarisierung der Gesellschaft bei gleichzeitigem Abbau von Zivilgesellschaft für gefährlich, autoritär und nicht hinnehmbar.

Wir wollen in einer Welt leben, die auf internationalem Ausgleich von Interessen, auf Kooperation statt Konkurrenz, auf Gemeinwohl ausgerichtetem Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen, auf Gleichheit und Verständigung sowie auf der Einhaltung gemeinsamer Regeln wie insbesondere der Menschenrechte und des Völkerrechts beruht. Kurz: Eine Welt, in der es keinen Grund mehr gibt, Krieg zu führen und in der Konflikte, so sie unvermeidbar sind, durch demokratische Aushandlung unter Wahrung von Minderheitenrechten gelöst werden - und nicht Krieg. Wir sind überzeugt, dass dieser Weg langfristig auf Abrüstung angewiesen ist.

Wir sind gleichwohl nicht so naiv zu denken, dass in Anbetracht der Bedrohung durch ein von imperialen Interessen getriebenes Russland, eine einseitige Abrüstung bzw. der sofortige Verzicht auf jegliche Form von Verteidigung auf europäischer Seite so einfach möglich ist.

Wir erwarten, in Anbetracht dieser ambivalenten Lage, dass Diskussionen über Waffenlieferungen und Aufrüstung mit größter Vorsicht geführt werden. Reflexhaftes und moralisierendes In-die-Ecke Drängen derjenigen, die auf Diplomatie und militärische Zurückhaltung setzen und vor einer Militarisierung der Gesellschaft warnen, halten wir für deplatziert. Denn wer gar nicht mehr nach Frieden sucht, wird ihn auch nicht herstellen können.

Als Grüne Jugend können und werden wir keine detaillierten Friedenspläne für die Ukraine, den Nahen Osten und weitere Krisengebiete vorlegen. Das würde einerseits unseren Kompetenzbereich vollkommen übersteigen, andererseits unsere in außenpolitischen Fragen stark begrenzte Einflussmöglichkeiten leugnen. Stattdessen wollen wir einige Eckpfeiler festhalten, an denen sich unsere Position in einer zunehmend von Kriegen bestimmten Welt und eines von Aufrüstung dominierten deutschen Diskurses, orientieren soll:

- Wir lehnen jegliche Form von Austerität zugunsten von Aufrüstung ab
- Wir setzen uns für eine Erhöhung der Gelder für Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention ein.
- Wir fordern die Einführung eines wirksamen Rüstungskontrollgesetzes, das Waffenexporte in nicht-demokratische Staaten wirksam unterbindet.
- Wir halten an von Deutschland ratifizierten internationalen Abrüstungsverträgen - insbesondere dem Atomwaffensperrvertrag - fest und

fördern weitere Bemühungen für internationale Abrüstungsverträge.

- Wir setzen uns dafür ein, dass Kriegsdienstverweigerer aus egal welchem Land in Deutschland grundsätzlich Asyl erhalten.

- Mit Blick auf den Nahen Osten unterstützen wir alle Maßnahmen, die auf die Freilassung aller Geiseln und einen nachhaltigen Waffenstillstand hinwirken. Wir stehen solidarisch an der Seite der linken Zivilgesellschaft in Israel, die für einen Regierungswechsel, einen Geiseldeal und ein Ende des Krieges einstehen. Wir unterstützen weiterhin alle Bemühungen für eine 2-Staaten-Lösung. Von der Bundesregierung erwarten wir, dass sie alles in ihrer Macht stehende tut, um diesen Krieg zu beenden und für eine Befreiung der Geiseln zu sorgen. Die Lieferung von Waffen, die im Gazastreifen eingesetzt werden könnten, muss bis auf weiteres ausgesetzt bleiben. Gleichzeitig muss angesichts zunehmender Angriffe an verschiedenen Fronten Israels Selbstverteidigungsfähigkeit gesichert bleiben.

- Wir unterstützen Waffenlieferungen an die Ukraine, insofern Risiken sorgfältig abgewogen und Verhandlungslösungen immer wieder ernsthaft ausgelotet werden. Außerdem setzen wir uns für eine Erhöhung der Mittel für die zivile Infrastruktur und den Wiederaufbau in der Ukraine ein.

- Wir lehnen jegliche Modelle eines “neuen Wehrdienstes” bzw. einer Wehrpflicht ab, die nicht auf Freiwilligkeit beruhen. Die Verpflichtung junger Menschen gegen ihren Willen lehnen wir ab.

- Wir fordern die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft - dies betrifft die Förderung der Jugendarbeit genauso wie Ausbau und Stärkung der Freiwilligendienste.

- In dem Wissen, dass Ressourcenkonflikte kriegerische Auseinandersetzung in Zukunft auslösen und befeuern dürften, setzen wir uns mit Nachdruck für effektiven Klimaschutz und Maßnahmen zur Verringerung des Rohstoffbedarfs ein.

- Wir sprechen uns gegen jegliche Freihandelsabkommen aus, die Abhängigkeiten des globalen Südens ausnutzen und vertiefen – und somit Konfliktursachen verschärfen.

- Wir setzen uns für Technologietransfers in technologisch weniger fortgeschrittene Länder und wirtschaftliche Beziehungen auf Augenhöhe ein.

- Wir setzen uns für den Erlass von Schulden überschuldeter Staaten des globalen Südens ein.

- Als internationalistischer Verband solidarisieren wir uns mit allen Kräften weltweit, die für Frieden und Verständigung, Kooperation, Gleichheit und Menschenrechte eintreten.

Begründung

erfolgt mündlich